

Der wirtschaftliche Ertrag des Amtes Leuchtenburg beruhte vor allem auf der Waldwirtschaft und dem Getreideanbau. Es gehörte im wettinischen Herrschaftsbereich eher zu den kleineren Ämtern, die auch nicht mit einer bestimmten Residenz verbunden waren, wie z. B. Altenburg. Trotz der stattlichen Rechnungsüberlieferung hat sich die Verfasserin damit begnügt, auf dieser Quellengrundlage das Funktionieren eines landesherrlichen Amtes im ausgehenden Mittelalter und in der Frühen Neuzeit darzustellen. Vieles davon ist nicht neu, weil schon von anderen Ämtern bekannt, aber natürlich ist auch das, was an Ergebnissen zur Geschichte der Leuchtenburg selbst und mancher Amtsdörfer präsentiert wird, nicht uninteressant. Gleichwohl würde man sich für künftige Ämterstudien, die sich auf eine so vorzügliche serielle Quellenüberlieferung stützen können, doch wünschen, dass stärker Fragen der regionalen Wirtschafts- und Sozialgeschichte behandelt würden, wie es beispielsweise Uwe Schirmer in seiner Dissertation über das Amt Grimma getan hat (U. SCHIRMER, *Das Amt Grimma 1485–1548*, Beucha 1996). Denn es sind auch in Thüringen in der Regel die landesherrlichen Ämter mit ihren Rechnungsserien, nicht die adligen oder klösterlichen Grundherrschaften, die dichte Einblicke in die regionalen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bieten.

Leipzig

Enno Bünz

WERNER BRAMKE/SILVIO REISINGER, Leipzig in der Revolution von 1918/1919, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2009. – 152 S., geb. (ISBN: 978-3-86583-408-9, Preis: 24,00 €).

Zum 90. Jubiläum der Revolution von 1918/19 erschienen einige wenige Werke, von denen manche schon im Titel verlauten ließen, dass es sich bei diesem Ereignis um eine mittlerweile ‚vergessene Revolution‘ handle. Auch die Autoren dieses Bandes konstatieren einen solchen Befund. Und in der Tat hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten der Fokus der Geschichtswissenschaft wie der Öffentlichkeit auf andere deutsche Revolutionen gerichtet – auf die ‚friedliche Revolution‘ von 1989/90, die Revolution von 1848/49 und auf den revolutionären Versuch von 1953 in der DDR. Während der Existenz der beiden deutschen Staaten – vor allem aber in den 1970er-Jahren – hatte die Revolutionsgeschichtsschreibung zu 1918/19 dagegen Konjunktur. Das lag zum einen an den unterschiedlichen Perspektiven in Ost und West und zum anderen an den legitimatorischen Bedürfnissen der SED, deren wichtigste Vorläuferpartei, die KPD, direkt aus dieser Revolution hervorgegangen war. Doch auch in der ‚alten‘ Bundesrepublik wandelte sich das historiografische und öffentliche Bild über die Novemberrevolution entscheidend: Hatte es dort in den 1950er-Jahren eine mehr oder weniger plumpe Gegenüberstellung von Mehrheitssozialdemokratie und bürgerlichen Kräften einerseits und einer bolschewistischen Schreckensalternative andererseits gegeben, vollzog sich seit den frühen 1960er-Jahren eine bemerkenswerte Ausdifferenzierung, in deren Zuge auch die Versäumnisse der Mehrheitssozialisten zur Sprache kamen. Im Fokus standen vor allem das (zu) enge Bündnis mit den alten (militärischen) Eliten und der Verzicht auf (mögliche) Teilsozialisierungen in der Montanindustrie, womit – nach Heinrich August Winkler – das „antidemokratische Potential innerhalb der deutschen Machtelite erheblich geschwächt“ worden wäre.

Diese und andere Fragen nimmt der leider viel zu früh verstorbene, langjährige Leipziger Geschichtspräsident Werner Bramke in einem äußerst anregenden Essay über „Eine ungeliebte Revolution“ gleich zu Anfang in den Blick. Neben einer Würdigung der Arbeiten von bundesdeutschen Historikern wie Eberhard Kolb, Peter von Oertzen und Heinrich August Winkler, die zu der genannten Ausdifferenzierung ent-

scheidend beigetragen haben, verortet Bramke eigene Positionen in der Leipziger Revolutionsforschung, die mit so bekannten Namen wie Walter Markov und Manfred Kossok verbunden sind. Überdies verweist er kritisch auf die Lage der DDR-Geschichtswissenschaft vor 1989: Während in der bundesdeutschen Forschung „in lokalen und regionalen Untersuchungen nicht selten grundsätzliche Fragen gestellt und oft beantwortet wurden, blieben die regionalgeschichtlichen Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Novemberrevolution brav auf der Parteilinie, dabei auch deren Windungen begleitend“ (S. 13). Verantwortlich dafür macht er die Anleitung und Kontrolle durch die Institutionen der SED, die – im Verein mit der „Selbstdisziplinierung“ der Historiker – zu einer „Selbstgenügsamkeit“ (ebd.) führte, die bei manchen von ihnen auch mit größer werdenden Spielraum vorhielt. Dass Bramke selbst solche Spielräume verstärkt auszuschöpfen begann, zeigt ein Blick auf die von ihm vor 1989 eingeladenen Historiker (u. a. Hans Mommsen, Heinrich August Winkler).

Zu den innovativsten Momenten dieses ersten Teils zählt zweifellos Bramkes In-Beziehung-Setzen der Revolutionen von 1918/19 und 1989/90. Beide Revolutionen fegten in den jeweiligen Herbstmonaten morsche autoritäre Systeme weitestgehend friedlich hinweg und setzten an deren Stelle vorübergehend neue Institutionen (Arbeiter- und Soldaten-Räte hier, Runde Tische dort). Aber auch der Hinweis darauf, dass sich mit dem grundlegenden gesellschaftspolitischen Umbruch in der DDR der Einwand gegen die „Unzweckmäßigkeit von Revolutionen in den modernen Industriegesellschaften“ (S. 15) erledigt habe, könnte sich mit Blick auf die Frage als fruchtbar erweisen, welche Umwälzungen denn in der Revolution von 1918/19 möglich und sinnvoll gewesen wären – und zwar im Sinne einer stärkeren Demokratisierung von verschiedenen Institutionen des damaligen Obrigkeitsstaates. Bramke selbst beantwortet in militärpolitischer Hinsicht die Frage insofern, als er – nach einem Vergleich mit Österreich – die Potenzen eines tatsächlichen Neubeginns für gegeben erachtet, was beide Autoren nicht zuletzt auch am Leipziger Beispiel einer „Sicherheitswehr“ kenntlich zu machen versuchen.

Wenn Bramke und Reisinger im Vorwort betonen, mit diesem Buch die „erste Gesamtdarstellung“ der Revolution von 1918/19 vorgelegt zu haben, täuschen sie sich zumindest teilweise: Bereits acht Jahre zuvor hatte Sean Dobson eine Studie veröffentlicht, in der er das gespannte Verhältnis zwischen selbstbewusstem Leipziger Bürgertum und erstarkender Arbeiterschaft thematisierte (S. DOBSON, *Authority and upheaval in Leipzig 1910–1920*, New York 2001). Doch auch Dobson hatte bestimmte Vorarbeiten (wie die von Reisinger) nicht zur Kenntnis genommen. Konzeptionell knüpfen die Studien folgerichtig an die ‚beiden Gesichter‘ der Stadt an – Bürgertum und Arbeiterschaft: Bramke und Reisinger thematisieren vor dem Hintergrund der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft die Herausbildung der sozialdemokratischen Hochburg, die mit der Spaltung der Partei 1917 fast komplett in der linkssozialistischen USPD aufging und die Mehrheitspartei im Reich und in Sachsen eben hier zur Sekte degradierte. So konnte es nicht verwundern, dass in Leipzig ein Jahr später die USPD die revolutionäre Entwicklung dominierte und nicht die MSPD. Schon am 8. November vermochte hier die USPD gemeinsam mit kriegsmüden Soldaten einen Arbeiter- und Soldaten-Rat zu konstituieren und die alten Institutionen zumindest vorübergehend zu kontrollieren. Am 15. November erlangte die Leipziger USPD schließlich auch einen beherrschenden Einfluss in der sächsischen Revolutionsregierung, in der der langjährige Leipziger Vorsitzende Richard Lipinski zum Volksbeauftragten für Inneres und Äußeres avancierte.

In der weiteren Darstellung der Revolutionsgeschichte gelingt es beiden Autoren, die verschiedenen Handlungsebenen der Akteure (Region, Land, Reich) geschickt

miteinander zu verbinden, und so die besondere Entwicklung in Leipzig herauszuarbeiten. Sie machen deutlich, dass auf Landesebene der Leipziger Einfluss seit Ende 1918 wieder kontinuierlich schwand, was vor allem der Regeneration einer anfangs völlig überforderten MSPD und dem Gewicht ihrer Hochburgen in Chemnitz und Dresden geschuldet war. Klar wird auch, wie heterogen die Leipziger USPD selbst ab der Jahreswende auftrat: Der zuerst dominierende gemäßigte Flügel unter den erfahrenen Parlamentariern Richard Lipinski und Friedrich Seger erhielt zunehmend Konkurrenz von einem linken, radikalen Flügel unter Hermann Liebmann und Curt Geyer, die von Parlamenten nicht viel hielten, und stattdessen auf eine langfristige Institutionalisierung der Räte und die Ausschaltung des Bürgertums setzten (vor allem Geyer, der Anfang 1919 Vorsitzender des Leipziger Arbeiter- und Soldaten-Rates wurde). Wollten Lipinski und Seger die Errungenschaften der Revolution bewahren und zu einer erneuten Koalitionsbildung mit der MSPD gelangen, um so eine „organische“ Sozialisierung anzubahnen, versuchten Liebmann und Geyer die Revolution weiter zu treiben (S. 111). Der vor allem von diesem Flügel initiierte Generalstreik von Ende Februar 1919 knüpfte an die im Ruhrgebiet und in Halle ausgebrochenen Sozialisierungstreiks an, führte aber im Falle Leipzigs schon nach wenigen Tagen zu einem Gegenschlag des Bürgertums, das seinerseits mit Gewerbeschließungen reagierte. Der durch einen Dresdner Minister vermittelte Streikabbruch mündete in einem „Remis“ der Kontrahenten (S. 127); nur acht Wochen später ließ die Dresdner MSPD-Regierung doch noch Freikorpsstruppen einmarschieren, obwohl es in Leipzig nichts mehr zu befrieden gab. Es folgte die Auflösung des Arbeiter- und Soldaten-Rates und Verhaftungen von USPD-Politikern. Damit aber war der USPD (Anfang 1919 erreichte die Partei bei Stadtverordnetenwahlen ca. 46 %) ein entscheidender Schlag versetzt worden.

Über die facettenreiche Darstellung einer halbjährigen Revolutionsentwicklung hinaus überrascht der Band auch mit einigen interessanten Einsichten: So wird z. B. auf die Problematik von parallel weiter agierenden Verwaltungsinstitutionen wie die des Oberbürgermeisters verwiesen, den die Leipziger USPD in Gestalt des Nationalliberalen Dr. Karl Rothe bei der Wahl Anfang 1917 gegen einen konservativen Mitbewerber noch selbst mit durchgesetzt hatte; zudem wird das Augenmerk auf die Rolle des weiter amtierenden Leipziger Amtshauptmanns von Finck gerichtet, der die revolutionäre Entwicklung nach kurzer Zeit schon boykottierte, weiterhin auf den in Leipzig besonders agilen und vom Universitätsprofessor Walter Goetz geleiteten Bürgerausschuss, auf die eher rückwärtsgewandte Einstellung des Verbandes Sächsischer Industriellen (VSI), auf die von der USPD forcierte Sicherheitswehr und nicht zuletzt auf Kräfte in der USPD (Geyer), die im Frühjahr 1919 zu einer faktischen „Parteidiktatur“ (S. 129) tendierten. Gerade vor dem Hintergrund einer solchen Tendenz erscheint es jedoch stark überzeichnet, von einer „Fixierung der Leipziger Unabhängigen auf einen demokratischen Sozialismus“ (S. 151) zu sprechen. Eine solche Position wurde allein von dem von Lipinski und Seger repräsentierten Flügel vertreten, während der andere, radikalere nur konsequenterweise schon 1920 zur KPD abwanderte. Ungeachtet dieser und ähnlicher Bewertungsdivergenzen und ungeachtet eines fehlenden Literatur- und Quellenverzeichnisses (inklusive eines Personenregisters) ist hier ein Band entstanden, der zum Weiterdenken über diese Revolution hinaus einlädt.